

# PAKISTAN

## **Amtliche Bezeichnung: Islamische Republik Pakistan**

In Pakistan war Armut im Jahr 2025 trotz einer deutlich gesunkenen Inflationsrate nach wie vor weit verbreitet. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich zudem durch staatliche Budgetkürzungen, und verheerende Überschwemmungen führten zusätzlich zu großer wirtschaftlicher Not. Schwere Flutkatastrophen kosteten Menschenleben, und die Hilfsmaßnahmen waren unzureichend. Änderungen der Cyber- und Antiterrorgesetze beeinträchtigten die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit erheblich und führten zur Festnahme von Journalist\*innen, Aktivist\*innen und Oppositionellen. Fälle von Verschwindenlassen gaben weiter hin Anlass zur Sorge. Die Wahrnehmung des Rechts auf Glaubens- und Religionsfreiheit war für viele Menschen nach wie vor nicht uneingeschränkt möglich, vor allem für die muslimische Ahmadiyya-Gemeinschaft, die weiterhin verfolgt wurde. Die Gewalt gegen Frauen und trans Menschen nahm zu. Im Rahmen von Pakistans »Plan zur Rückführung illegaler Ausländer« (Illegal Foreigners' Repatriation Plan) wurden afghanische Flüchtlinge nach Ablauf ihrer vorübergehenden Aufenthaltsgenehmigungen abgeschoben.

## **Hintergrund**

Auch 2025 kam es in Pakistan regelmäßig zu Terroranschlägen, was verstärkte Militäroperationen in Teilen der Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan zur Folge hatte. Die Spannungen mit Indien verschärfen sich. Drohnen- und Bodenangriffe sowohl durch nicht-staatliche Kämpfer\*innen als auch durch Regierungskräfte in Khyber Pakhtunkhwa forderten zahlreiche zivile Todesopfer. Im Mai 2025 kamen bei bewaffneten Auseinandersetzungen Dutzende Zivilpersonen ums Leben. Eine im November verabschiedete Verfassungsänderung höhle die Unabhängigkeit der Justiz durch strukturelle Veränderungen massiv aus und verlieh hochrangigen Militärangehörigen und dem Präsidenten faktisch lebenslange Immunität.

Die Inflation blieb 2025 im Durchschnitt niedriger als 2024 und fiel im April auf ein historisches Tief von 0,3 Prozent, stieg danach aber wieder kontinuierlich an. Infolge der Überschwemmungen im Sommer stieg die Inflationsrate auf über 5 Prozent. Der Internationale Währungsfonds (IWF) bewilligte im Laufe des Jahres zwei Zahlungen an Pakistan: 1 Mrd. US-Dollar (ca. 860 Mio. Euro) im Mai 2025 sowie 1,2 Mrd. US Dollar (ca. 1 Mrd. Euro) im Oktober.

## **Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

Trotz der erheblich gesunkenen Inflationsrate lebten laut Angaben der Weltbank 44,7 Prozent der Menschen in Pakistan unterhalb der Armutsgrenze. Aufgrund von Auflagen des IWF wurden die entwicklungsorientierten Ausgaben 2025 stark gekürzt, darunter auch die Mittel für die Bereiche Ernährung, Wasser und Energie sowie Gesundheit, Bildung und Sozialschutz. Der im Juni veröffentlichte Haushaltsplan sah einen Anstieg der Verteidigungsausgaben um 20,2 Prozent vor, während die Ausgaben für Gesundheit und Bildung zurückgingen.

Die schlechte wirtschaftliche Lage wirkte sich vor allem auf ausgegrenzte Gesellschaftsgruppen aus. Die Internationale Arbeitsorganisation meldete, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Pakistan bei den Stundenlöhnen 25 Prozent betrug und bei den Monatslöhnen 30 Prozent. Menschen, die in der Sanitär- und Müllverarbeitung arbeiteten, waren systemischer Diskriminierung ausgesetzt und genossen keinen Schutz in Bezug auf Löhne, Arbeitsplatzsicherheit und soziale Absicherung. Dies betraf ins besondere jene, die nicht muslimisch waren und sogenannten »niedrigeren Kasten« angehörten. Ausbeutung war auch in anderen Branchen weiterhin an der Tagesordnung, so z.B. in Ziegelbrennereien in Form der Schuldknechtschaft.

## **Recht auf freie Meinungsäußerung**

Positiv zu bewerten war, dass im Mai 2025 das 15-monatige Verbot der Social-Media-Plattform X (früher Twitter) aufgehoben wurde und die Gerichte im Fall einiger Journalisten zu deren Gunsten entschieden. Allgemein unterdrückten die Behörden jedoch weiterhin das

Recht auf freie Meinungsäußerung und bedienten sich der Cyber- und Antiterrorgesetze, um Menschen zu inhaftieren und zum Schweigen zu bringen. Im Januar 2025 wurden die Änderungen des »Gesetzes zur Verhütung von Cyberkriminalität« (Prevention of Electronic Crimes Act – PECA) verabschiedet, das die Zensur ausweitete und den Straftatbestand der Verbreitung »falscher und fabrizierter Informationen« einführte.

Online-Inhalte unterlagen weiterhin der Zensur, und die pakistanische Telekommunikationsbehörde verhängte willkürliche Internetsperren, insbesondere in Belutschistan. Die Behörden führten neue Technologien aus China ein, um Online-Inhalte noch stärker zu überwachen und zu blockieren. Kritisch berichtende Zeitungen gerieten zunehmend unter Druck: Behörden entzogen ihnen gezielt staatliche Werbeanzeigen – eine Sanktion, die ihnen wichtige Einnahmequellen und damit einen entscheidenden Teil ihrer wirtschaftlichen Grundlage nahm.

Im Mai 2025 sperrte die Telekommunikationsbehörde 16 indische Youtube Kanäle und 32 Websites wegen mutmaßlicher Verbreitung von »Propaganda«. Im Juni wurden im staatlichen Fernsehen während der Haushaltsdebatte Beiträge von Oppositionspolitikern zensiert. Im Juli ordnete ein Gericht an, 27 von Journalisten und Oppositionsparteien betriebene Youtube-Kanäle wegen »staatsfeindlicher« Inhalte zu verbieten. Im September hob das Hohe Gericht in Islamabad dieses Verbot wieder auf.

### **Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen**

Im August 2025 verabschiedete das Parlament das Antiterror-(Änderungs-)Gesetz, dem gemäß Menschen ohne Anklage bis zu drei Monate lang inhaftiert werden können. Journalist\*innen, die nach Ansicht der Behörden kritische Berichterstattung betrieben, wurden mithilfe des PECA-Gesetzes wiederholt ins Visier genommen. Im März 2025 wurden die Journalisten Farhan Mallick und Waheed Murad unabhängig voneinander festgenommen, weil sie im Internet »staatsfeindliche« Inhalte geteilt haben sollen. Beide kamen später gegen Kaution wieder frei. Im August wurde der Journalist Khalid Jamil von der Ermittlungsbehörde für Internetkriminalität festgenommen, weil er angeblich »fabrizierte Inhalte« in den Sozialen Medien geteilt hatte. Am darauffolgenden Tag kam er wieder frei. Die Menschenrechtsanwältin Imaan Mazari und der Menschenrechtsanwalt Hadi Ali Chatta standen wegen mutmaßlicher »staatsfeindlicher« Tweets vor Gericht. Hadi Ali Chatta wurde im Oktober 2025 kurzzeitig inhaftiert, und beide konnten ihre Verfahrensrechte nicht angemessen wahrnehmen.

Nach dem viertägigen Konflikt mit Indien im Mai 2025 gingen die pakistanischen Behörden verstärkt gegen sogenannte »staatsfeindliche« Inhalte vor, was zur Festnahme und Inhaftierung von fast einem Dutzend Personen führte. Darüber hinaus gerieten auch belutschische Aktivist\*innen ins Visier. Unter anderem wurden Dr. Mahrang Baloch, Bebag Zehri, Beebow Baloch, Shah Jee Sibghat Ullah, Ghaffar Qambarani und Gulzadi Baloch unter dem Gesetz über die öffentliche Ordnung und den Antiterrorgesetzen strafrechtlich verfolgt und inhaftiert. Im August wurde in der Stadt Gwadar ein Strafverfahren gegen einen Minderjährigen eröffnet, weil er Videoaufnahmen von einer Rede des Menschenrechtsaktivisten Gulzar Dost geteilt haben soll. Neben mehreren Mitgliedern der paschtunischen Bewegung Pashtun Tahafuz Movement blieb auch der Aktivist Ali Wazir widerrechtlich inhaftiert. Der Anführer der politischen Partei Pakistan Tehreek-i Insaf (PTI), Imran Khan, befand sich weiterhin im Gefängnis. Damit hatte er bis 5. August 2025 wegen politisch motivierter Vorwürfe bereits zwei Jahre in Haft verbracht. Berichten zufolge soll er wochenlang in Einzelhaft gehalten worden sein und weder Zugang zu einem Rechtsbeistand noch zu seiner Familie erhalten haben.

Auch das Recht auf Bewegungsfreiheit wurde 2025 stark eingeschränkt. Im Juli durfte der Vorsitzende der Belutschischen Nationalpartei, Sardar Akhtar Mengal, nicht aus Pakistan ausreisen, da man ihn auf eine temporäre Ausreiseverbotsliste gesetzt hatte (Provisional National Identification List). Die Journalisten Asad Toor und Sohrab Barkat wurden unabhängig voneinander an der Ausreise gehindert – Asad Toor im August und Sohrab Barkat im November, als er zu der Weltklimakonferenz (COP30) reisen wollte. Sohrab Barkat wurde

anschließend unter dem PECA-Gesetz angeklagt. Im Oktober erklärten die Behörden 32 Personen, darunter mehrere belutschische Aktivist\*innen, unter dem Antiterrorgesetz zu »geächteten Personen« und schränkten ihre Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit ein.

### **Verschwindenlassen**

Verschwindenlassen war in Pakistan auch 2025 an der Tagesordnung. Die staatliche Untersuchungskommission für Fälle des Verschwindenlassens registrierte in der ersten Jahreshälfte 125 neue Fälle. Die Zahlen anderer Organisationen deuten darauf hin, dass die tatsächliche Anzahl deutlich höher liegen könnte. Während die zivilgesellschaftliche Organisation Defence of Human Rights im Verlauf des Jahres 60 neue Fälle dokumentierte, sprachen regionale Organisationen wie die belutschische Bewegung BYC von wesentlich höheren Zahlen. Die Untersuchungskommission gab im September an, sie habe 83 Prozent aller Fälle, die seit ihrer Gründung bei ihr eingegangen seien, »abgewickelt«. Seitens der Zivilgesellschaft und der Familienangehörigen der Betroffenen gab es jedoch nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Verfahrensweise der Kommission.

Im März 2025 drangen Polizeikräfte in das Haus des Journalisten Ahmad Noorani in Islamabad ein. Ahmad Noorani befand sich außer Landes im Exil, doch seine beiden Brüder hielten sich in seinem Haus auf. Sie wurden mitgenommen und fielen mehr als einen Monat lang dem Verschwindenlassen zum Opfer.

### **Recht auf Versammlungsfreiheit**

Im März 2025 unterdrückten die Behörden Proteste und Versammlungen belutschischer Aktivist\*innen in den Provinzen Belutschistan und Sindh. Am 21. März setzten Sicherheitskräfte bei einer Protestveranstaltung der belutschischen Bewegung BYC laut Berichten lokaler Aktivist\*innen rechtswidrige Gewalt ein und töteten drei Personen. Die Veranstaltung forderte die Aufklärung des Schicksals belutschischer Aktivist\*innen, die dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen waren. Im September gingen die Behörden scharf gegen Proteste in dem von Pakistan verwalteten Gebiet Asad Kaschmir vor. Sie verhängten fast eine Woche lang eine komplette Sperre über Nachrichtenkanäle und das Internet und setzten Gewalt gegen Protestierende ein. Neun Menschen wurden getötet, da runter mindestens sechs Protestierende.

Im Laufe des Jahres 2025 wurden mehr als 100 Führungsmitglieder und Aktivist\*innen der PTI-Partei in Verbindung mit den Unruhen vom 9. Mai 2023 vor Antiterrorgerichten verurteilt. Hierzu zählten u.a. der Oppositionsführer in der Nationalversammlung Omer Ayub und der Oppositionsführer im Senat Shibli Fahrax sowie die Abgeordnete Zartaj Gul und die Aktivistin Khadija Shah. Im Mai 2025 bestätigte der Oberste Gerichtshof die von Militärgerichten verhängten Urteile gegen zahlreiche Personen, die an den Protesten vom 9. Mai 2023 teilgenommen hatten.

### **Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit**

Angehörige der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinschaft wurden 2025 vermehrt gewaltsam angegriffen. Es kam zu Übergriffen auf Andachtsstätten und zu Grabschändungen, und Menschen wurden festgenommen oder gezielt getötet. Mindestens drei Ahmadis wurden im Laufe des Jahres getötet, darunter ein Mann, der nach dem Freitagsgebet von einem Lynchmob angegriffen wurde. Das Begehen des Ramadan und von religiösen Fest- und Gedenktagen wie Eid oder Aschura war für Ahmadis mit massiven Einschränkungen verbunden. Ende Dezember wurde im Distrikt Khushab in der Provinz Punjab ein 55-jähriger Ahmadi auf dem Heimweg von der Arbeit von Unbekannten angeschossen. Er kam mit lebensbedrohlichen Verletzungen ins Krankenhaus.

Im Juli 2025 wurde ein Mann in der Stadt Gujranwala unter dem Vorwurf der Blasphemie festgenommen, weil er zum Aschura-Fest kostenloses Essen verteilt hatte. Im September entkam ein Ahmadi in der Stadt Sahiwal knapp einem Schusswaffenangriff. Am 28. September wurden Ahmadis in der Stadt Sialkot in der Provinz Punjab angegriffen und mindestens fünf Personen verletzt; zahlreiche Häuser von Ahmadis wurden in Brand gesteckt. Am 10. Oktober wurde eine Ahmadi-Andachtsstätte während des Freitagsgebets von einem Schützen

attackiert, dabei wurden sechs Personen verletzt. Viele dieser Gewaltakte wurden von rechtsgerichteten religiösen Gruppierungen wie Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) organisiert. Zivilgesellschaftliche Stimmen prangerten an, dass die TLP und andere Gruppierungen nicht angemessen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen würden. Mitte Oktober bewilligte die Zentralregierung ein von der Provinzregierung Punjab gefordertes Verbot der TLP, nachdem es zuvor bei einer Protestveranstaltung der TLP zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen war.

Die Blasphemiegesetze wurden nach wie vor häufig missbräuchlich angewandt. Im Juli 2025 forderte das Hohe Gericht in Islamabad die Regierung auf, eine Kommission einzurichten, um die Blasphemievorwürfe gegen Hunderte Menschen zu untersuchen, von denen vermutet wird, dass sie konstruiert sind. Eine Woche später wurde diese Anordnung infolge eines Rechtsmittels vorerst ausgesetzt. Im Dezember wurde der Ahmadi Mubarak Saani wegen Blasphemievorwürfen zu lebenslanger Haft verurteilt.

Nach wie vor wurde niemand für den Angriff auf die christliche Gemeinde in Jaranwala im Jahr 2023 zur Rechenschaft gezogen. Ein örtliches Gericht sprach im Juni 2025 zehn Personen aus Mangel an Beweisen frei. Christliche Organisationen kritisierten, die Polizei habe nicht transparent ermittelt und wichtige Beweismittel ignoriert.

### **Rechte von Frauen und Mädchen**

Gewalt gegen Frauen und Mädchen war auch 2025 weit verbreitet. Die Organisation Sahil, die geschlechtsspezifische Gewalt anhand von Zeitungsberichten verfolgt, meldete in den ersten elf Monaten des Jahres einen 25-prozentigen Anstieg bei der Zahl der gemeldeten Fälle. Die NGO Sustainable Social Development Organisation verzeichnete im ersten Halbjahr 2025 landesweit über 20.000 Vorfälle.

Im Mai 2025 verabschiedete das Parlament trotz des Widerstands religiöser Parteien ein Gesetz, das im Hauptstadtterritorium Islamabad die Kinderehe verbietet und 18 Jahre als Mindestalter für die Eheschließung festlegt. Bei Verstößen drohen strafrechtliche Sanktionen. Auch in der Provinz Belutschistan wurde im November ein Gesetz verabschiedet, um das Mindestheiratsalter auf 18 Jahre anzuheben. Ein Gesetz zur Verhütung häuslicher Gewalt in Islamabad wurde von beiden Parlamentskammern angenommen; religiöse Parteien sprachen sich dagegen aus.

Im Juli 2025 erregte ein sogenannter Ehrenmord in Belutschistan große öffentliche Aufmerksamkeit, nachdem ein Video viral gegangen war, in dem zu sehen war, wie Angehörige eines Stammesrats eine Frau und einen Mann töteten, weil diese entgegen den Wünschen ihrer Familien eine Beziehung eingegangen waren. 16 Männer wurden wegen der Tötungen festgenommen. Auch Frauen, die in den Sozialen Medien aktiv waren, mussten mit Gewalt rechnen. So wurde die 17-jährige Sana Yousaf getötet, nachdem sie den Heiratsantrag eines Mannes abgelehnt hatte, der ihrem Social-Media-Konto gefolgt war.

### **Rechte von LGBTI+**

Nach wie vor wurden unverhältnismäßig viele trans Menschen getötet. Allein aus der Provinz Khyber Pakhtunkhwa wurden 2025 mindestens zehn Morde an trans Menschen gemeldet. Im September wurden in Karachi in der Provinz Sindh drei trans Frauen erschossen. Es gab mindestens vier Berichte über Gruppenvergewaltigungen an trans Frauen in den Städten Islamabad, Sahiwal, Kasur und Bahawalnagar. Eine lokale Organisation, die sich für die Rechte von trans Menschen einsetzt, berichtete, dass innerhalb von zwei Jahren in der Provinz Sindh 56 trans Menschen getötet worden seien.

### **Rechte von Flüchtlingen und Migrant\*innen**

Pakistan begann 2025 mit der zweiten und dritten Phase des im Oktober 2023 angekündigten »Plans zur Rückführung illegaler Ausländer« (Illegal Foreigners' Repatriation Plan) und schob entgegen dem Grundsatz der Nicht-Zurückweisung Menschen ab, die eine POR-Karte (Proof of Registration) oder eine afghanische Bürgerkarte besaßen.

Im März 2025 kündigte Pakistan überdies an, dass alle afghanischen Staatsangehörigen, auch Flüchtlinge und Asylsuchende, die Städte Islamabad und Rawalpindi zu verlassen hätten. Die vom UN-Hochkommissar für Flüchtlinge aus gestellten POR-Karten liefen Ende Juni 2025 aus, und die Behörden erneuerten die Registrierungen nicht. Infolgedessen kehrten zwischen Januar und Dezember 2025 laut der Internationalen Organisation für Migration mehr als 999.000 Afghan\*innen nach Afghanistan zurück, 153.670 von ihnen infolge von Abschiebebefehlen. Von September 2023 bis Dezember 2025 kehrten insgesamt 1.930.937 afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurück, von denen die meisten abgeschoben oder aufgrund der Bedingungen in Pakistan zur Rückkehr gezwungen worden waren.

### **Recht auf eine gesunde Umwelt**

Die Ende Juni 2025 einsetzenden Überschwemmungen betrafen 6,9 Mio. Menschen und führten zu über 1.000 Todesfällen, zugleich verloren mehr als 3,5 Mio. Menschen ihr Zuhause. Die Reaktion auf derartige Naturkatastrophen, insbesondere auf die Sturzflut in Khyber Pakhtunkhwa, galt als unzureichend, vor allem in Bezug auf Frühwarnsysteme und die Nothilfe nach der Katastrophe. In den Monaten April und Juni litten Teile Pakistans unter Hitzewellen mit Temperaturen von bis zu 49°C, was die Menschen einer mitunter lebensgefährlichen Belastung aussetzte. Sowohl die extremen Temperaturen als auch die Überflutungen wurden durch den Klimawandel begünstigt. Pakistan legte zum dritten Mal seine nationalen Klimaschutzbeiträge unter dem Pariser Klimaabkommen vor und verpflichtete sich darin, die Treibhausgasemissionen bis 2035 um 50 Prozent zu reduzieren. Davon waren 17 Prozent durch einheimische Ressourcen und Maßnahmen zu erreichen, während 33 Prozent davon abhängig gemacht wurden, ob genügend internationale Klimafinanzierung zur Verfügung steht.

### **Veröffentlichungen von Amnesty International**

- Pakistan: Authorities pass bill with sweeping controls on social media, 24 January
- Pakistan: Opaque »Illegal Foreigners Repatriation Plan« targeting Afghan refugees must be withdrawn, 26 March
- Pakistan: Systematic attacks and relentless crackdown on Baloch activists must end, 27 March
- Pakistan must end crackdown on Baloch humanrights defenders, 28 May
- Pakistan: End cyclical harassment and persecution of minority Ahmadiyya community, 5 June
- Pakistan: »Cut Us Open and See That We Bleed Like Them«: Discrimination and Stigmatization of Sanitation Workers in Pakistan, 29 July
- Pakistan: Failure to address enforced disappearance perpetuates injustice against victims, 30 August
- Pakistan: Shadows of Control: Censorship and Mass Surveillance in Pakistan, 9 September